

Rede vom Flüchtlingsrat Niedersachsen auf der Demonstration am 04.03.2020 in Hannover, anlässlich der Vorfälle an der griechisch-türkischen Grenze

Was an der EU-Außengrenze derzeit klarer als je zuvor zu beobachten ist, ist ein seit Jahren brutaler werdender Krieg des globalen Nordens gegen die Habenichtse aus dem globalen Süden und aus den Krisenländern der Welt. Wir erleben eine weitere Steigerung dessen, was seit Jahren abläuft, woran wir uns aber bereits zum Teil gewöhnt haben oder wovon wir kaum noch erfahren: Menschen, die Schutz oder ein besseres Leben suchen, werden mit immer härteren und militärischeren Mittel von der Wohlstandsfestung Europa ferngehalten.

Bereits seit geraumer Zeit werden an der kroatischen Grenze Menschen, die in die EU wollen, um dort Asyl zu beantragen, mit brutalen Mitteln zurückgeschlagen. Nun wiederholen sich diese illegalen push backs mit mehr öffentlicher Aufmerksamkeit und in einer größeren Dimension an der Grenze zwischen der Türkei und Griechenland.

Die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen schwebt mit dem Hubschrauber über dem griechisch-türkischen Grenzfluss, um wie ein General Überblick über den Kriegsschauplatz zu bekommen. Für den Verteidigungskampf gegen die zur Gefahr erklärten Schutz suchenden Menschen verspricht sie der griechischen Regierung Unterstützung in Form von Hubschraubern, Schiffen, Beamten und 700 Mio Euro. Gleichzeitig versäumt sie es nicht, den an der Grenze mit aller Gewalt zurückgeschlagenen gestrandeten Menschen ihr Mitleid angesichts ihrer bedauerlichen Lage auszusprechen. Verlogener geht es nicht mehr!

Um sich das Elend vom Leib zu halten, hat die EU einen dreckigen Deal mit der türkischen Regierung geschlossen, der vor ziemlich genau vier Jahren in Kraft trat. Seitdem hatte das türkische Militär mehr oder weniger konsequent Menschen davon abgehalten, in die EU zu kommen. Die EU hat damit dem Autokraten Erdogan ein Mittel an die Hand gegeben, sich erpressen zu lassen. Einerseits trägt die EU die Menschenrechte wie eine Monstranz vor sich her, andererseits beauftragt sie eine repressive, autokratische Regierung, die selber Krieg führt und Menschen auf die Flucht treibt, Schutz suchende Menschen davon abzuhalten, eben diesen Schutz in Europa zu finden. Den Preis dieser Politik der Verantwortungslosigkeit und Bigotterie müssen die Menschen zahlen, die vor Krieg und Krisen fliehen.

Der Premierminister Griechenlands hat mittlerweile verkündet: „Unser nationaler Sicherheitsrat hat beschlossen, die Abschreckung an unseren Grenzen maximal zu erhöhen. Ab sofort werden wir für einen Monat lang keine neuen Asylanträge mehr annehmen“.

Griechenland, die EU hat damit mal eben kurzer Hand die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention für Null und nichtig erklärt. Menschen sollen nun einfach wieder in die Verfolgerländer zurückgeschickt werden.

Was sind diese grundlegenden Völkerrechte noch wert, wenn sie einfach außer Kraft gesetzt werden, sobald Menschen diese Schutzrechte in Anspruch nehmen wollen?

Auf den griechischen Inseln werden diese Rechte schon seit Jahren beschnitten, wenn auch bisher nicht so schamlos offen, wie jetzt. Auf den Inseln herrscht schon seit Jahren ein unhaltbarer Zustand. Die Verelendung der Geflüchteten, die dort festsitzen, schreitet immer weiter voran und nimmt immer grauenvollere Züge an. Es herrschen dort Zustände, die noch vor wenigen Jahren viele in der EU nicht für möglich gehalten hätten. Alles das ist ja hinlänglich bekannt. Aber diese Entwicklung wird bewusst in Kauf genommen, weil sie Menschen abschrecken soll, die auf ein besseres Leben in Europa hoffen.

Griechenland ist lange von der EU mit den Geflüchteten allein gelassen worden und reagiert v.a. seit die konservative Regierung im Amt ist, nur mit Repression und wird dabei von der EU, allen voran der Bundesregierung, noch unterstützt. Bundesinnenminister Seehofer und Kanzlerin Merkel seien hier stellvertretend genannt, als welche, die gestern erst die griechische Regierung ermunterten, weiter hart gegen die Schutz suchenden Menschen vorzugehen.

Es ist nur folgerichtig, dass sich angesichts dieses Feindszenarios, das hier aufgebaut wird, ein rassistischer Mob aufgefordert fühlt, selber gewalttätig zu werden und wie auf Lesbos Geflüchtete, NGO-Angehörige, Unterstützer_innen und Journalist_innen anzugreifen.

Und selbstverständlich werden auch hierzulande die Rechten die Gelegenheit ergreifen, die rassistische Stimmung anzuheizen.

Dies alles ist sehr absehbar. Deshalb müssen wir dieser Politik der Hetze und Verantwortungslosigkeit entschlossen entgegentreten. Wir müssen solidarische Antworten haben, dazu gehört, die Rechte der Schutz suchenden Menschen zu verteidigen. Die Grenzen müssen geöffnet werden, damit Menschen Schutz finden können.

Es gibt rund 140 Städte und Landkreise in Deutschland, die sich zu sicheren Häfen erklärt haben. Und auch einige Landesregierungen haben bereits erklärt Geflüchtete aufnehmen zu wollen. Es gibt also durchaus den politischen Willen, Menschen aus Griechenland und aus der Türkei aufzunehmen, und wir sind ohne weiteres dazu in der Lage.

Die brutale Abschottung der EU wird ständig mit den Worten gerechtfertigt „das Jahr 2015“ dürfe sich nicht wiederholen. Darauf möchte ich mit einem Zitat aus einer [Erklärung von medico international](#) antworten: „Was sich nie wiederholen darf, ist die Auslieferung von Millionen Menschen an diktatorische Regimes, Vertreibung und Krieg. Lassen wir uns nichts vormachen: Wer sich heute gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und Migrant*innen in Europa wendet, befürwortet ihren Tod.“

Dem ist eigentlich nicht mehr viel hinzuzufügen, außer:

Öffnet die Grenzen! Verteidigt das Asylrecht!